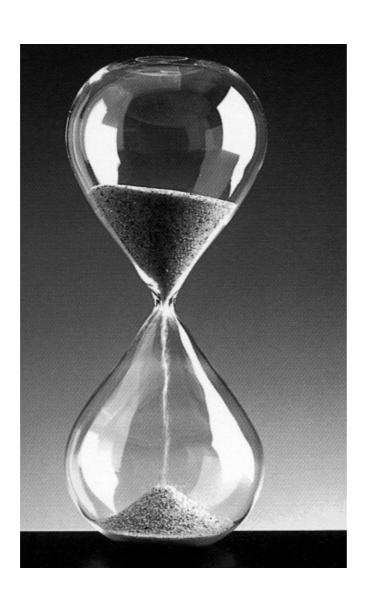
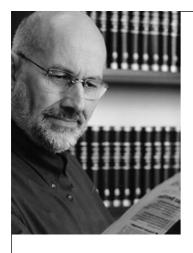
# REICHSBÜRGERBRIEF

Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen

1







### Herausforderung des Willens

Wille ist praktischer Geist. Organisierter Wille ist Macht. Es ist der Geist, der die Welt verändert. Der Gedanke organisiert. Er formt die Organe des Willens, durch die der Geist seine Welt erschafft.

Das gilt im Kleinen wie in den großen Dingen. Wo kein Wille ist, da ist auch kein Weg. Ist der Weg nicht gedacht, kann er auch nicht angelegt werden. Die Lage ist dann ausweglos – so wie die unsrige. Ja, unsere Lage ist ausweglos, weil der Weg aus ihr heraus noch nicht gewußt ist.

O ja! Fast jeder weiß einen Weg. Nur ist das immer ein anderer als der, den sich der Nachbar in den Kopf gesetzt hat. Und so laufen wir kreuz und quer durcheinander, ohne an das Ziel zu gelangen.

In den Reichsbürgerbriefen soll der Geist lebendig werden, der die Deutschen, die es noch sein wollen, zu der einen einheitlichen Tat zum Allgemeinen Volksaufstand aufrührt, aus dem heraus allein die Rettung werden kann. Der Aufstandsplan ist ausgearbeitet und kann als PDF-Datei im elektronischen Weltnetz von der Adresse www.deutsches-kolleg.org/viertes reich/aufstandsplan.pdf heruntergeladen werden. Überall im Lande bilden sich Reichsbürgerrunden, die damit beginnen, auf der Grundlage dieser Texte die Gedanken zu klären und Wortergreifungen zu organisieren.

2

Schwerpunkt der ersten Ausgabe des Reichsbürgerbriefes ist die "Verkündigung der Reichsbürgerbewegung". In ihr ist klar gesagt, was wir wollen und wie wir es erreichen werden. Wir wollen nicht mehr - aber auch nicht weniger - als ein handlungsfähiges Deutsches Reich als Willensform (Nationalstaat) des Deutschen Volkes. Dieses Volk wird als Reich sich durch Wiederherstellung der Volkswirtschaft aus der Knechtschaft der Globalisten befreien, als selbstbewußte Volksgemeinschaft die private Bereicherungssucht bändigen und dem Gemeinwohl dienstbar machen. Die anderen Völker werden diesem Beispiel folgen. Mit ihnen gemeinsam werden wir Mammon den Garaus machen.

Es wird eng für die Feinde des Reiches. Sie müssen jetzt das Verlangen nach Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Reiches als solches in ihren Katalog der Gedankenverbrechen aufnehmen und als "nationalsozialistisches Gedankengut" horrifizieren. Allein das ist schon ein großer Sieg, denn nun wird es endlich auch dem Dümmsten einleuchten, daß die Verteufelung Hitlers nichts mit diesem Manne zu tun hat, sondern nur eine Kriegslist der Feinde war, mit der sie unser Volk geblendet haben. Das Sehvermögen kehrt jetzt zurück. Der Krieg gegen das Reich wird wieder als Krieg gegen das Deutsche Volk erkannt; die durch die Fremden fremd gewordene Heimat in ihrer Not geschaut.

Mit dem Reichsbürgerbrief kommt der Wille zum Reich wieder zur Tat. In ihm soll nur zur Sprache kommen, was zugleich ein direkter Angriff auf die Stellungen unserer Feinde ist. Jammerlieder und Haßgesänge seien aus ihm verbannt, die Ehre der Feinde nicht angetastet, der Große Feind in seiner Größe gewürdigt, denn diese allein macht unseren Sieg über ihn großartig.

Das Reich als Idee ist mehr als nur das Überleben einer Abstammungsgemeinschaft. Nur als Träger eines höheren Bewußtseins der Freiheit ist die Abstammungsgemeinschaft der Deutschen Not-wendend (notwendig) für alle Völker. Unser Licht anzuzünden, sei uns heilige Pflicht.

Nicht in den Meinungen der Deutschen wohnt das Bewußtsein ihrer Berufung, sondern in den tieferen Schichten des Volksgeistes. Seine Außenschicht, das weite Feld der Meinungen, ist vom Feind besetzt. Wer die Deutschen nach ihren Meinungen fragt, um nach den Antworten sein Handeln auszurichten, macht sich – unbewußt – zum Werkzeug unserer Feinde. Denn sie sind es doch, die unsere Meinungen so zurichten, daß ihnen kein Schaden daraus erwachsen kann. Die größte Mühe haben sie darauf verwandt, uns eine schlechte Meinung über uns selbst einzugeben. Diese raubt uns die Kraft, lähmt den Mut und hält die Phantasie am Boden.

Der Reichsbürgerbrief sei die Stimme der Zuversicht. Dem Deutschen Volk gehört die Zukunft, denn es ist eine Gestalt Gottes, die noch nicht vergangen ist, sondern mächtig in die Zukunft drängt.

### Noch denken viele Deutschwillige unfrei nach den Vorgaben unserer Feinde

Die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Reiches erfordert die innerliche Befreiung von den Denkgewohnheiten und Denkzwängen, die das System in jeden von uns eingepflanzt hat. Wie der nachfolgende Textausschnitt zeigt, hat Hans Herbert v. Arnim ("Das System" S. 211 ff.) eine umrißhafte Vorstellung dieser Aufgabe gewonnen:

"Der Einfluss der politischen Klasse geht weit über die formale Macht zur Formulierung und Auslegung der geltenden Gesetze und zur Auswahl wichtiger Personen hinaus: Wer den Staat lange genug beherrscht, gewinnt allmählich auch Einfluss auf die gültigen Grundvorstellungen der Menschen und bestimmt immer mehr auch die Denkkategorien mit, nach denen Politik überhaupt wahrgenommen und beurteilt wird. Das hat der Soziologe Pierre Bourdieu überzeugend dargelegt: Die »Hauptmacht des Staates« (und der ihn beherrschenden politischen Klasse) besteht in der »Macht, die Denkkategorien zu produzieren und durchzusetzen (vor allem mit Hilfe des Bildungssystems), die wir spontan auf jedes Ding der Welt und auch auf den Staat selbst anwenden«. Beim Nachdenken über den Staat (und die politische Klasse) läuft man deshalb »immer Gefahr, staatliches Denken zu übernehmen, staatlich produzierte und geschützte Denkkategorien auf den Staat anzuwenden«, den Staat und die politische Klasse also so zu verstehen, wie sie gerne verstanden werden möchten. Die politische Klasse hat die Einrichtungen, die unser politisches Denken prägen, insbesondere die gesamte politische Bildung, fest im Griff. Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Parteistiftungen und viele Volkshochschulen sind in ihrer Hand. Schlüsselpositionen der öffentlich-rechtlichen Medien werden nach Parteibuch bestellt. Kaum ein Schulleiter, der nicht auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten berufen wird. Die Schulen sind von der Freiheit der Forschung und Lehre, die das Grundgesetz verheißt, ausgeschlossen. Ihre Lehrpläne werden vom Staat und seinen Schulministerien vorgegeben. Nach staatlichen Ämtern streben in Deutschland seit eh und je auch Künstler und Intellektuelle in einem Maß, das in angelsächsischen Ländern unvorstellbar wäre. »Nicht nur der Universitätsprofessor (selbst an Kunst- und Musikhochschulen), auch der Generalmusikdirektor, der Staatsschauspieler, der Intendant des Staatstheaters und der Museumsdirektor füllen die Ränge der offiziellen Intellektuellen. Freie Publizisten, Journalisten, Schriftsteller und Künstler waren daneben höchst windige Existenzen. Ohne Amt hatten sie keine Würde.« -

Diese Amtsbesessenheit besteht auch heute noch und erleichtert es der politischen Klasse, die über die Ämter verfügt, Einfluss zu nehmen und ihre Denkkategorien, ihre Begriffe und ihre Tabus in weiten Kreisen durchzusetzen. Gewisse Annahmen und Vorstellungen, die die Legitimität der bestehenden Regierungsform begründen, werden auf

allen diesen unmerklichen Wegen und Weisen so fest in den Köpfen der Menschen verankert, dass sie geradezu als selbstverständlich empfunden werden. Das gilt vor allem hinsichtlich der politischen Grundformel unserer repräsentativen Demokratie, dass sie eine Regierung durch und für das Volk sei. Und dieser Glaube an die Legitimität wird, bewusst oder unbewusst und unabhängig davon, ob der Glaube eigentlich berechtigt ist, immer wieder reproduziert. Zu allen Zeiten haben die Herrschenden die politischen Formeln, die ihre Herrschaft jeweils legitimierten, mit allen Mitteln gestützt und Kritik daran als Tabubrüche geahndet. Früher war das Gottesgnadentum des monarchischen Souverans die legitimitätsspeisende Formel, heute ist es die so genannte Volkssouveränität. Der dadurch begründete Glaube an die Legitimität der jeweiligen Herrschaft erklärt letztlich auch »die Leichtigkeit, mit der die Vielen von Wenigen regiert werden«.; Entscheidend dafür, dass das gelingt, ist weniger der physische Zwang zur Durchsetzung von Gesetzen und anderen verbindlichen Entscheidungen, über den der Staat verfügt; bei massenhafter Verweigerung wäre das staatliche Gewaltmonopol kaum noch etwas wert. Viel wichtiger ist der Glaube der Menschen an die Legitimität der bestehenden Regierung und der Verfassungsordnung, auf der die Regierung beruht. Und dieser Glaube, diese gemeinsame Ideologie, ist auch heute die Basis der Herrschaft der politischen Klasse, welche durch ihren langen Arm fortwährend regeneriert wird"

Hinzuzufügen wäre, daß "die politische Klasse" nicht autonom die Inhalte "systemkonformen Denkens" bestimmt, die die gesellschaftliche und politische Gegenwart prägen. Diese bilden sich vielmehr in einem Jahrhunderte umspannenden Entwicklungsgang - zuerst scheinbar zufällig, dann verstärkt durch bewußte Orientierung und schließlich in den Breitbandkanälen der kontrollierten Meinungsbildung - zu einer Geistesgestalt heraus, die das Dasein des vereinzelten Einzelnen ist. In der gesellschaftlichen Sphäre ist es das Kapitalverhältnis, in dem der Mensch dem Egoismus frönt und dem anderen Menschen nur eine Grenze ist, die abhält und abstößt. Im Politischen ist es die Gefangenschaft des Gemeinwesens in den Verließen der Privatmacht des Geldes. In der geistigen Sphäre ist es die Bewußtseinskontrolle durch die vom Großen Geld an mehr oder weniger langer Leine geführten Weltbildagenturen. Horst Mahler

"Du wirst alle Völker verzehren, die der Herr, dein Gott, dir geben wird. Du sollst ihrer nicht schonen und ihren Göttern nicht dienen; denn das würde dir ein Strick sein." 5. Mose 7.16

## Zum Geleit

Wer immer nur jammert, der halte sich fern!

Wer den Feind übermächtig wähnt, der bleibe auf den Knien!

Wer an Deutschlands Zukunft glaubt, der erhebe sich!

Daß allüberall Schurken ihr Wesen treiben - wir wissen es. Daß die uns zugefügten Schäden immens sind - wir wissen es. Daß die Zustände schlimm sind – wissen wir auch.

Der Schrecken ist nichts anderes als die Herausforderung an uns. ihn zu überwinden.

Die notorischen Buchhalter des Schreckens haben ihre Verdienste. Sie sind aber auch selbst ein Teil desselben. Sie kämpfen nicht, sondern warten darauf, daß andere es für sie tun. Als Demokraten gehen sie mit ihren Hiobsbotschaften auf

Stimmenfang. Indem sie meinen, der Wille zur Befreiung komme aus leeren Geldbeuteln und nicht aus dem Ehrgefühl einer Nation, verachten sie das Volk. Dieses hat sie längst als die letzten der parlamentarischen Betrüger durchschaut. Deshalb bleiben ihre Netze leer.

Viele sagen, man müsse den Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen. Also wollen sie die Lügner und Heuchler mit Lüge

und Heuchelei bekriegen. Dadurch erst werden Täuschung und Betrug unendlich.

Viele meinen, man dürfe nicht zu früh losstürmen, die Zeit sei noch nicht reif für den Aufstand. Wäre das richtig, müßten ja alle so denken und sich bedeckt halten. Also würde die Zeit nie reifen.

Viele ziehen mit Schmähungen über ihr Volk her. Dieses sei im Wohlstand träge geworden und durch die Medien verblödet. Die so reden, sehen selbst nicht den Ausgang aus der Knechtschaft. Es ist ihre eigene Blindheit, die sie ihren Volksgenossen vorwerfen.

Die vielen Einzelnen mögen korrupt sein und dumm. Das Volk ist es nicht, denn dieses ist das Dasein Gottes. Diesem ziemt die Wahrheit und nur die Wahrheit.

Der Allgemeine Volksaufstand beginnt mit dem Aufstand für die Wahrheit.

Der Aufstand für die Wahrheit ist zuallererst ein Aufstand gegen die von den Feinden des Deutschen Reiches gewaltsam auferlegten Denkverbote.

Der verpönteste Gedanke ist die Frage, ob der historische Nationalsozialismus nicht vielleicht doch eine gute Sache gewesen sei, die man aufgreifen und weiterentwickeln müßte.

Der Aufstand für die Wahrheit ist überall und zu jeder Zeit

möglich, weil jeder - auch als Einzelner - die Wahrheit laut und vernehmlich in rechter Weise und damit unangreifbar aussprechen kann. Die von einem Einzelnen laut und vernehmlich ausgesprochene Wahrheit findet ihr Echo in den Herzen der Vielen. Unter ihnen werden sich weitere Einzelne finden, die ebenso handeln. Schon bald sind die Einzelnen dann nicht mehr vereinzelt. Sie werden sich und zueinander finden. Die Ohnmacht des Einzelnen gegenüber der öffentlich gepredigten Lüge schlägt um in die Macht der Wahrheit, wenn ihre

> Verkünder sich in der Kundgabe vereinigen.

Die Tyrannei der Lüge, die heute noch so unüberwindlich scheint, ist die schwächste Herrschaft überhaupt. Um sie zu überwinden, bedarf es keiner Kanonen und keiner Panzer. Das mutige und klare Wort allein ist, wenn es die Wahrheit trägt, die Wunderwaffe, die jeden Lügner bezwingt.

Wer im grobstofflichen Kampf eine Kugel verschießt, mindert

dadurch seine Feuerkraft. Im geistigen Kampf werden gegen die Macht der Verblendung statt der Kugeln Informationen und Argumente eingesetzt, die in den feindhörigen Köpfen die Lüge töten und so den Willen zum Reich wiederauferstehen lassen. Im geistigen Kampf gelten folglich andere Gesetze. Schon die unscheinbarste Kampfhandlung kann die Feuerkraft der Wahrheitskünder durch den Zuzug der von der Lüge befreiten Köpfe steigern. Es kommt also alles darauf an, mit dem wahrhaften Argument aus der Deckung zu gehen und wahrhaft zu kämpfen.

Wer Deutscher ist, der kämpft, weil er stolz ist und frei, indem er sich als göttlich weiß. Er fragt nicht bänglich: "Werde ich erfolgreich sein?"

Wer Deutscher ist, der siegt, weil er es will. Er siegt, indem er kämpft – auch wenn er fällt; denn der Geist ist unsterblich.

Wer Deutscher ist, der ist berufen, die Finsternis des Irrtums und der Lüge durch das Licht der Wahrheit zu vertreiben.

Die Aufgabe ist nicht, die Welt zu verbessern. Ein höheres Bewußtsein der Freiheit als Welt auszuarbeiten, ist uns aufgetragen. Diese wird das Zeitalter der selbstbewußten Volksgemeinschaft sein, in der der Einzelne als sittliche Person da ist. Als sittliche Person fühlt und weiß sich der absolut

### "Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein"

Friedrich Schiller, Wallensteins Lager

Unteilbare (das Individuum/das Atom) als Teil – also zugleich auch als das Ganze. Der Einzelne ist nicht frei, wenn nicht auch das Ganze frei ist und zugleich ist das Ganze nicht frei, wenn der Einzelne unfrei ist. Die Freiheit ist unteilbar.

Die Fremdherrschaft, die uns niederdrückt, ist die Herrschaft des von Gott losgerissenen Menschen, des Juden, der auch den "weißen Juden" unter sich befaßt. Die dem Judenvolk von Gott auferlegte Bestimmung ist es, die Völker und die in ihnen hausenden Götter zu morden.

Gott hatte am Sinai sich in den Völkern noch nicht erkannt. Diese waren ihm fremde Götter, die nicht sein sollten.

In dieser Einseitigkeit ist Gott als Jahwe der Eifersüchtige, der sich Israel als Knecht erwählt, damit es – gegen einen guten Lohn – die anderen Völker ausrotte (Jes 34,2-3).

"Denn der Herr ist zornig über alle Heiden und grimmig über all ihr Heer. Er wird sie verdammen und zum Schlachten überantworten.

Und ihre Erschlagenen werden hingeworfen werden, daß der Gestank von ihren Leichnamen aufgehen wird und die Berge von ihrem Blut fließen." Jes. 34. 2-3

Der von Jahwe seinem auserwählten Volk verheißene Lohn ist die Weltherrschaft und der ausschließliche Besitz aller Reichtümer der Welt. Und diejenigen Völker, die Israel nicht dienen wollen, die sollen nach dem Willen dieses verrückten Gottes umkommen und verwüstet werden (Jes 14, 2-4; 60, 1-12/insbes. 12!)

Wo sonst – wenn nicht hier – hätten wir den Grund für die nun schon dreitausendjährige Judenfeindschaft der bedrohten Völker zu suchen?

"Wenn die Feindschaft und die Abneigung gegen die Juden nur in einem Lande und in einer bestimmten Zeit bestanden hätte, wäre es leicht, die Ursache dieser Wut zu ergründen. Aber im Gegenteil, diese Rasse ist seit jeher das Ziel des Hasses aller Völker gewesen, in deren Mitte sie lebte. Da die Feinde der Juden den verschiedensten Rassen angehörten, die in weit voneinander entfernten Gebieten wohnten, verschiedene Gesetzgebung hatten, von entgegengesetzten Grundsätzen beherrscht waren, weder dieselben Sitten noch dieselben Gebräuche hatten und von unähnlichem Geiste beseelt waren, so müssen die allgemeinen Ursachen des Antisemitismus immer in Israel selbst bestanden haben und nicht bei denen, die es bekämpfen." \*

Der Judenhaß – wie wahr! – ist blind und mörderisch. Er ist und lebt und läßt sich nicht verbieten. Indem die Juden nach ihrem Sieg über das Deutsche Reich sich jetzt über die Völker hermachen und "Antisemitismus" zum Verbrechen erklären, eröffnen sie nur eine neue Runde im scheinbar ewigen Spiel von Feindschaft, Verfolgung, Unterwerfung und Vertreibung.

Doch die Wiederkehr des Gleichen ist nicht ewig. Die Wiederholung endet mit der Erkenntnis, daß das Jüdische Zersetzungswerk selbst ein Moment der Hervorbringung der Freiheit ist

Der von Israel bewirkte Tod des im Evangelium nur erst offenbarten und noch nicht erkannten Gottes ist die Bedingung seiner Auferstehung in der Innenwelt der sittlichen Person.

Erst in dieser Einsicht verliert der Judenhaß – ohne je ganz zu verschwinden – jetzt seine tödliche Kraft durch die Aufhebung des Judaismus im Geisterreich und durch die Bändigung Mammons in der selbstbewußten Volksgemeinschaft, die die Zinsknechtschaft bricht und auf einem höheren Niveau die Volkswirtschaft wiederherstellt.

Die Götterdämmerung auf dem Sinai geht einher mit der Befreiung der weltbilderzeugenden Einrichtungen im Deutschen Reich (Medien, Bildungseinrichtungen und Kulturbetrieb) von der privaten Hintergrundmacht des Geldes. Die Herrschaft der Lüge verendet, wenn das Große Geld sich nicht mehr die Politiker kaufen, die Karrieren der Intelligenz nicht mehr bestimmen kann und die Käuflichkeit der Meinungsmacher als Schwerstverbrechen nach den Gesetzen des Reiches geahndet wird.

#### Heil Juda! Wir kommen!

Jes 60, 10-17

- 10. Fremde werden deine Mauern bauen, und ihre Könige werden dir dienen. Denn in meinem Zorn habe ich dich geschlagen, und in meiner Gnade erbarme ich mich über dich.
- 11. Und deine Tore sollen stets offen stehen, weder Tag noch Nacht zugeschlossen werden, daß der Heiden Macht zu dir gebracht und ihre Könige herzugeführt werden
- 12. Denn welche Heiden oder Königreiche dir nicht dienen wollen, die sollen umkommen und die Heiden verwüstet werden.

13. (...)

- 14. Es werden auch gebückt zu dir kommen, die dich unterdrückt haben; und alle; die dich gelästert haben, werden niederfallen zu deinen Füßen und werden dich nennen eine Stadt des HERRN, ein Zion des Heiligen in
- 15. Denn darum, daß du bist die Verlassene und Gehaßte gewesen, da niemand hindurchging, will ich dich zur Pracht ewiglich machen und zur Freude für und für.
- 16. Daß du sollst Milch von den Heiden saugen, und der Könige Brust soll dich säugen, auf daß du erfährst, daß ich, der HERR, bin dein Heiland, und ich, der Mächtige in Jakob, bin dein Erlöser.
- 17. Ich will Gold anstatt des Erzes und Silber anstatt des Eisens bringen und Erz anstatt des Holzes und Eisen anstatt der Steine; und will zu deiner Obrigkeit den Frieden machen und zu deinen Vögten die Gerechtigkeit.

<sup>\*</sup> Bernard Lazare in "Antisémitisme, son histoire et ses causes", Paris 1934, 1. Band, S. 42, hier zitiert nach Jonak von Freyenwald «Jüdische Bekenntnisse», Nürnberg 1941, Fasimile S. 142

## Verkündigung der Reichsbürgerbewegung

#### 1. Das Deutsche Reich besteht fort

Das Deutsche Volk entbehrt seit dem 23. Mai 1945 der Staatlichkeit und ist deshalb unfrei.

Überfremdung, Staatsbankrott, Kulturverfall, Ausverkauf der Deutschen Industrie, Arbeitslosigkeit usw. sind Ausdruck dieser Unfreiheit.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, sondern nur die "Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft" (Carlo Schmid) – diese wird künftig als "OMF-BRD" bezeichnet.

Der Nationalstaat der Deutschen, das Deutsche Reich, ist in der militärischen Niederlage von 1945 nicht untergegangen. Als Subjekt des Völkerrechts und des Staatsrechts ist es weiterhin rechtsfähig. Seine Rechtsordnung in der am 23. Mai 1945 gültigen Fassung besteht fort, ihre Wirkung ist durch völkerrechtswidrige Gewalt der Sieger über Deutschland lediglich vorübergehend gelähmt.

Die völkerrechtswidrige Gefangennahme der Reichsregierung durch die Siegermächte am 23. Mai 1945 hat das Reich handlungsunfähig gemacht

Die Urteile der Internationalen Militärtribunale (Nürnberger Prozesse) sind Völkerrechtsverbrechen und als solche null und nichtig. Das ehrende Andenken an die justizförmig ermordeten Mitglieder der Reichsregierung ist – wie in Japan bereits geschehen – wiederherzustellen.

Die Kollaboration mit der Feindmacht ist als Verbrechen nach Reichsrecht zu ahnden. Die Verjährung der Strafverfolgung ist für die Dauer der Fremdherrschaft unterbrochen.

#### 2. Folgen der Handlungsunfähigkeit des Reiches

Das folgenreichste Moment der Handlungsunfähigkeit ist der Mangel der Fähigkeit zum Vertragsschluß. Auch im Völkerrecht gibt es keine Verträge zu lasten Dritter (Pacta tertiis nec prosunt nec nocent) [F. Berber, Lehrbuch des Völkerrechts I, 2. Aufl., C.H. Beck 1975, S. 62, 464] Die von der OMF-BRD geschlossenen Verträge binden nicht das Deutsche Reich. Das gilt insbesondere für die NATO-, EU- und Ost-Verträge, für den Beitritt der OMF-BRD zur UNO sowie für den Zwei-plus-Vier-Vertrag.

Eine weitere Folge der Handlungsunfähigkeit des Reiches ist, daß es nach dem 23. Mai 1945 keinem einzigen Ausländer die Deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit verleihen konnte. Die von der OMF-BRD ausgestellten Pässe sind null und nichtig. Alle Ausländer, die sich nach dem 23. Mai 1945 im Reichsgebiet niedergelassen haben, halten sich hier illegal auf und müssen das Deutsche Reich sofort verlassen. Sie sind für die durch ihre Anwesenheit verursachten Aufwendungen und Schäden dem Deutschen Reich ersatzpflichtig.

### 3. Das Grundgesetz als Fortsetzung des Krieges gegen das Reich

Die OMF-BRD ist ein reichsfeindliches System. Es tarnt sich mit der falschen Behauptung, daß "sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassunggebenden Gewalt das Grundgesetz gegeben" habe (vgl. die Präambel zum Grundgesetz für die OMF-BRD). Diese Lüge wird schon im Grundgesetz selbst entlarvt. Sein letzter Artikel (Art. 146) – 1990 durch den "Einigungsvertrag" neu gefaßt – bestimmt, daß es "seine Gültigkeit an dem Tage (verliert), an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist." Deutlicher kann nicht ausgesprochen werden, daß das Grundgesetz nicht die frei beschlossene Verfassung des Deutschen Volkes ist.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist nicht die Verfassung des Deutschen Staatsvolkes. Es ist lediglich das von den westlichen Siegermächten aufgezwungene Statut der Fremdherrschaft über das Deutsche Volk in den Grenzen, die die fremden Machthaber gestützt auf ihre Waffengewalt als seinen Geltungsbereich bestimmt haben. Es verstößt gegen das Eingriffsverbot aus Art. 43 Haager Landkriegsordnung und ist ein Völkerrechtsverbrechen.

Alle vom "Deutschen Bundestag" beschlossenen, vom Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und im Bundesgesetzblatt verkündeten Gesetze sind nichtig und beachtlich nur, soweit die fremde Gewalt deren Befolgung direkt oder indirekt zu erzwingen vermag.

Jegliche Mitwirkung Deutscher Reichsbürger bei der Durchsetzung bzw. Anwendung dieser "Gesetze" ist unter Umständen als Landesverrat zu ahnden, es sei denn, daß die in Betracht kommenden Handlungen nach den Grundsätzen des Betreuungsrechts für eine geschäftsunfähige Person vertretbar erscheinen.

Der Zweck des Grundgesetzes und seiner Auslegung durch die sich "Bundesverfassungsgericht" nennende Fremdherrschaftsagentur ist die Durchsetzung der Kriegsziele der US-Ostküste. Diese sind:

- 1. die vollständige Vernichtung des Deutschen Reiches;
- 2. die Auslöschung des Deutschen Volkes durch Kulturvernichtung und erzwungene Vermischung mit fremdkulturell geprägten Völkerschaften, denen zu diesem Zwecke die Rolle von Zivilokkupanten und Kolonisatoren zugedacht ist;
- 3. die Erzeugung eines "ethnischen Hexenkessels" auf dem Territorium des Deutschen Reiches, um nach dem Grundsatz "Teile und herrsche!" den völkischen Selbstbehauptungswillen der Deutschen zu zersetzen bzw. wirkungslos zu machen;
- 4. das nach Ausschaltung des Deutschen Reiches ohnmächtige Europa in einen Brückenkopf der US-Ostküste zu verwandeln mit dem Ziel, den eurasischen Großraum militä-

1/2004

risch und wirtschaftlich als Weideland für die nomadisierenden Geldfürsten zu sichern.

#### 4. Seelenmord am Deutschen Volk - Hauptzweck der Fremdherrschaft

Die Feindmacht USA hat am 8. Mai 1945 lediglich die grobstofflichen Kampfhandlungen eingestellt. Seitdem setzt sie unter maßgeblicher Beteiligung hilfswilliger Deutscher - den Vernichtungskrieg gegen das Deutsche Volk mit geistigen und monetären Waffen fort. Eine beispiellose Greuelpropaganda flankiert von einer "Umerziehung" genannten völkerrechtswidrigen Gehirnwäsche - mordet seine Seele.

Die von der Fremdmacht ausgeübte, talmudisch getarnte Gewalt- und Willkürherrschaft verhindert eine jegliche Politik zum Wohle des Deutschen Volkes und zur Wahrung seiner Würde. Zur Verschleierung dieses Sachverhalts wirken lizensierte Parteien so, "als ob" die OMF-BRD der demokratischparlamentarisch verfaßte Nationalstaat des Deutschen Volkes wäre. Mit der Erzeugung dieses Scheins leistet die politische Klasse Handlangerdienste bei der Niederhaltung und Ausplünderung des Deutschen Volkes.

Die Leitfiguren in diesem Spiel sind Landesverräter und als solche von den Gerichten des Reiches demnächst abzuurteilen.

Als "Wahlvolk" werden die Deutschen von den Medien in Meinungsschlachten um die "bessere Politik" gehetzt. Verschwiegen wird dabei, daß in Ermangelung eines handlungsfähigen Deutschen Nationalstaates

eine Deutsche Politik überhaupt nicht stattfinden kann. Schon allein aus diesem Grunde ist das "parlamentarische Treiben" in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Verwirklichung von Freiheit sondern die Verhinderung derselben.

#### 5. Volksaufstand zur Berufung der Ordnenden Reichsversammlung

Aus dieser Lage kann sich das Deutsche Volk nur durch einen Allgemeinen Volksaufstand befreien.

Alle Versuche, durch Teilnahme an den "als ob"-Veranstaltungen der OMF-BRD eine Besserung unserer Lage zu bewirken, sind notwendig gescheitert. Die Fortsetzung dieser Bemühungen gibt Zeugnis von der Lernunfähigkeit der daran Beteiligten und bedeutet objektiv die Vernichtung von Arbeitsund Seelenkraft, die für den Befreiungskampf dringend benötigt werden.

Das Deutsche Reich als Nationalstaat der Deutschen ist ein Sein, das in dem Willen jener Deutschen, die es noch sein wollen, gegründet ist. Nicht das Recht bringt das Reich hervor, sondern das Reich ist Träger des Rechts, welches der vernünftige Wille des Deutschen Volkes ist.

Das vorausgeschickt, ist zu überlegen, was einen Staat im Sinne eines völkischen Organismus vernichtet. Der Wille einer feindlichen Macht reicht nicht aus, das zu bewirken. Es müßte sich dieser Wille in einem Zerstörungswerk äußern, welches das Sein des angegriffenen Staates nicht nur vorübergehend lähmt, sondern für die absehbare Zukunft gänzlich aufhebt. Das ist uns erspart geblieben und wird sich wohl auch in der Zukunft nicht ergeben.

Im Volksaufstand überwinden die Deutschen, die es noch sein wollen und dem Reich die Treue halten, ihre Vereinzelung. Wo sie sich in aufständischer Gemütsverfassung versammeln, dort ist der Deutsche Volksgeist unmittelbar vorhanden und wirksam. Nicht mehr Stimmenzählerei sondern die besonnene Stimmung gibt den Ausschlag.

Maß und Ziel für den Aufstand ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches. Diese ist nur denkbar als Willensakt einer Ordnenden Reichsversammlung, zu der die Abordnungen der Deutschen Gaue zusammentreten werden. Sie beraten und beschließen die Neue Reichsordnung, die dann die Verfassung des Deutschen Volkes sein wird, und setzen dem Interregnum mit der Einsetzung der Organe des Reiches ein Ende.

Die Berufung der Ordnenden Reichsversammlung ist einzig und allein die Sache der Reichstreuen. Sie allein verkörpern den Willen des Deutschen Volkes, als Nationalstaat dazusein - und dieser ist das Deutsche Reich. Dieses Volk kommt – in Ermangelung konkreter Willensorgane – allein im Aufstand zu sich. Im Aufstand tritt der Volksgeist unmittelbar

in Erscheinung in den aufständischen Versammlungen überall im Lande (so wie bei den Montagsdemonstrationen in 1989/1990 zum Beispiel). Diese Aufstands-Versammlungen werden aus sich heraus das Verfahren und den Schlüssel finden, nach dem

Abordnungen für die Reichsversammlung zusammengestellt werden, die dann durch "Handauflegen" seitens des Fürstenbundes die historische Legitimation erlangen. Das Wesen dieses symbolischen Aktes ist es, ein Schisma in der Organungsphase und späteren Streit, ob die von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse Recht geschaffen haben, nach Möglichkeit auszuschließen.

#### 6. "Unsere Regierung" und "unsere Politiker" die gibt es nicht.

In allem, was wir denken und tun, müssen wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen (Mao Tse Tung). Auch die Vasallen unserer Feinde sind spätestens seit dem 9. November 1999 auch im subjektiven Sinne Feinde des Deutschen Reiches und als solche zur Rechenschaft zu ziehen.

An diesem Tage haben Reichsbürger am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig ihren Willen zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches kundgetan und in einem allgemein zugänglichen Medium, im elektronischen Weltnetz unter der Adresse http://www.deutsches-kolleg.org/wnd/ (Werkstück Nr. 1) eine öffentliche Verwarnung an jene ausgesprochen, die durch ihr Handeln die Interessen und Rechtsgüter des Deutschen Reiches verletzen und damit gegen die Gesetze des Deutschen Reiches verstoßen.

Die Behörden der OMF-BRD sind gegenüber Reichsbürgern bar jeglicher Legitimation, insbesondere sind sie nicht ▶

In allem, was wir denken und tun,

**Mao Tse Tung** 

müssen wir zwischen uns und dem Feind

einen klaren Trennungsstrich ziehen.

berechtigt, von Reichsbürgern Steuern zu erheben, gegen Reichsbürger Urteile zu sprechen und zu vollstrecken, Reichsbürgern irgendetwas zu gebieten oder zu verbieten. Das gegen die Deutschen, die es noch sein wollen, gerichtete politische Straf"recht" ist kein Recht, sondern Ausfluß der Siegerwillkür. "Richter" die dieses Recht anwenden, können allein deshalb nicht nach den Gesetzen des Reiches wegen Rechtsbeugung belangt werden, weil sie nicht Richter im Rechtssinne sondern Hilfswillige der Hauptsiegermacht sind. Sie werden allerdings im wieder handlungsfähig gewordenen Deutschen Reich nach dem "Recht" der OMF-BRD als dem maßgeblichen Handlungsstatut wegen Rechtsbeugung zu bestrafen sein, wenn und soweit sie von den Angeklagten, ihren Verteidigern oder von Reichsbürgervereinigungen über die Rechtslage aufgeklärt worden waren.

#### 7. Eckpunkte für eine klare Orientierung

All denen, die gegen diese Sicht der Dinge mit der verstrichenen Zeit und den vielen "Wahlen" argumentieren, die inzwischen stattgefunden haben, ist entgegenzuhalten:

1. Es hat in der Bundesrepublik zu keinem Zeitpunkt freie Meinungsäußerung und deshalb auch keine freien Wahlen gegeben:

Die NSDAP, alle ihre Gliederungen und Nachfolgeorganisationen sind im Mai 1945 von den Siegermächten unter Verletzung des Art. 43 Haager Landkriegsordnung von 1907 verboten worden.

Das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL berichtete in seiner Ausgabe Nr. 20/2003 S. 47, von einer repräsentativen Meinungsbefragung im Jahre 1948. Danach waren zu dieser Zeit noch 57% der Deutschen der Meinung, daß der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen sei. Erst die nun schon seit einem halben Jahrhundert andauernde völkerrechtswidrige "Umerziehung" der Deutschen mag eine Änderung bewirkt haben. Die mit Offenkundigkeitsanspruch aufgestellte Behauptung von den 6 Millionen im Gas vernichteten Juden wäre hier der entscheidende Faktor. [Als Kontrastbild diene die Entwicklung im Bereich der untergegangenen Sowjetunion: Die für die tatsächlich geplante und von Stalins Schwager, dem Juden Kaganowitsch, durchgeführte physische Vernichtung von 30 Millionen selbständigen russischen Bauern verantwortliche KPdSU ist nach dem Zusammenbruch des bolschewistischen Systems nicht verboten worden. Ihre Nachfolgeorganisation ist in der Duma vertreten und spielt in Rußland gegenwärtig keine unbedeutende Rolle.]

Die politischen Überzeugungen der Mehrheit der Deutschen waren also von Anfang an von jeglicher Beteiligung an der "demokratischen" Willensbildung dauerhaft ausgeschlossen. Noch in dem Begleitschreiben der "deutschen" Regierungen – BRD und DDR – zum 2+4-Vertrag wird die Selbstverpflichtung der Bundesregierung, auch künftig Parteien mit nationalsozialistischem Ideengut zu unterdrücken, hervorgehoben.

2. Mit der mit dem Einigungsvertrag verabschiedeten Neufassung von Artikel 146 GG ist klar zum Ausdruck gebracht, daß sogar nach Meinung der Vasallenregierung das Grundgesetz nicht zur gewohnheitsrechtlichen Verfassung des Deutschen Volkes aufgewertet ist. – Das ist die eine Seite.

#### 8. Handeln für das Deutsche Reich - hier und heute

Jeder Reichsbürger ist als Teil zugleich auch das Ganze, also das ganze Deutsche Reich, und diesem verantwortlich. Er ist aufgerufen, nach den Grundsätzen der Geschäftsführung ohne Auftrag im Rahmen des ihm Zumutbaren für die Belange des handlungsunfähigen Reiches zu sorgen. Jeder Reichsbürger ist Inhaber der vollen Reichsgewalt solange bis das Reich als solches wieder handlungsfähig ist. Er kann – auf eigene Gefahr – Krieg führen für das Reich, er kann Gesetze für das Reich erlassen, für das Reich die Gerichtsbarkeit ausüben und die Urteile vollstrecken.

Die Macht des Reiches kann sich in diesem Zustand der erzwungenen Anarchie immer nur soweit auswirken, wie die Macht der zum Handeln entschlossenen Reichsbürger – als Einzelne oder als freiwillige Zusammenschlüsse – reicht. Diese müssen in allem, was sie für das Reich tun, bedenken, daß sie der Einwirkung der Macht der Feinde des Reiches (siehe die Feindstaatenklauseln in der UN-Charta) – sei es unmittelbar oder in Gestalt der OMF-BRD mittelbar – ausgesetzt sind.

Jeder Reichsbürger ist aber immer nur als Teil – als dieser einzelne Volksgenosse – auch das Ganze. Das schließt es aus, daß er als Organ des Reiches handelt. Wer das von sich behauptet und entsprechend handelt, begeht objektiv Hochverrat. Er täuscht darüber hinweg, daß die Organung des Reiches als Aufgabe noch vor uns steht und diese nur das Werk einer ordnenden Reichsversammlung sein kann.

Wer als "Kommissarische Reichsregierung" auftritt, dient sich den Feinden des Reiches als "Verhandlungspartner" an, um mit diesen gemeinsam zu lasten des Deutschen Reiches Vereinbarungen zu treffen (z. B. einen "Friedensvertrag" zu schließen), mit denen die bestehenden Machtverhältnisse und die Kriegsziele der Feinde des Reiches legitimiert werden sollen.

### 9. Keine Ausgrenzung des Nationalsozialismus aus der Meinungsbildung

Für die Verwirklichung unserer Freiheit ist eine klare Stellungnahme zum historischen Nationalsozialismus unabdingbar. Niemand, insbesondere die Hauptsiegermacht nicht, darf dem Deutschen Volk vorschreiben, welche Weltanschauungen ein Reichsbürger haben darf und welche nicht. Das gilt auch für die Nationalsozialistische Weltanschauung.

Das Deutsche Reich wird selbstherrlich entscheiden, welche Weltanschauungen mit der Reichstheologie nicht vereinbar und deshalb ihr öffentlicher Kultus verboten sind. Es bedarf keiner Sehergabe, um vorauszusagen, daß das Reich den Jahwe-Kult als die in der Geschichte hervorgetretene radikalste Verneinung des Humanen verbieten wird – so wie es das Deutsche Kolleg in seiner Erklärung "Ausrufung des Aufstandes der Anständigen" [www.deutsches-kolleg.org/erklaerungen/aufstand.htm] vorgeschlagen hat.

Die Deutschen, die es noch sein wollen, haben überhaupt noch nicht die Möglichkeiten ausgeschöpft, die ihnen das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" schon jetzt auf diesem Gebiet eröffnet. Den "Gerichten" der OMF-BRD ist zu vergegenwärtigen, daß das Bekenntnis zur Nationalsozialistischen Weltanschauung in gleicher Weise unter dem Schutz des Artikels 4 Abs. 1 GG steht wie alle anderen weltanschaulichen und religiösen Bekenntnisse auch.

Der Versuch, durch Konstruktion einer immanenten Grundrechtsschranke aus Art. 139 GG die nationalsozialistische Weltanschauung wegen ihrer vermeintlich rassistischen und humanitätsfeindlichen Inhalte aus diesem Schutzbereich auszugrenzen, ist zum Scheitern verurteilt. "Für eine Art "Sondervorschrift nach rechts' ist im System des GG kein Platz." (Herzog in Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Komm. Z. GG. Art 139 Rdnr. 4).

Es darf vor allem nicht übersehen werden, daß von einer solchen immanenten Schranke in erster Linie der Judaismus betroffen wäre. Wie gezeigt werden kann, ist die Jüdische Religion und Weltanschauung bis in die Gegenwart in einem Maße von Rassismus und Menschenfeindlichkeit geprägt, das in der europäischen Geschichte nicht seinesgleichen hat.

#### 10. Das Volk gibt sich die Verfassung - es bekommt sie nicht "geschenkt"

Gelegentlich ist der Wunsch zu vernehmen, "man" solle uns endlich die in Art. 146 GG - angeblich - "versprochene Verfassung" schenken.

Wer sollte einem selbstherrlichen Volk eine Verfassung "versprechen" können? Und wieso "erwarten" jene, daß uns eine Verfassung "geschenkt" werde? Die muß sich das Deutsche Volk durch eigenen Willensentschluß selbst geben in einer Ordnenden Reichsversammlung.

Das Deutsche Kolleg [www.deutsches-kolleg.org] wird noch konkretere Vorschläge für die Verwirklichung dieser Idee unterbreiten. Das landsmannschaftliche Moment ist stärker zur Geltung zu bringen. Jeder Gau sollte im Aufstand wieder zu sich finden, durch Gemeinde- und Landkreisversammlungen eine Gauversammlung hervorbringen, die dann die Abordnung des Gaus für die Reichsversammlung bestimmt. Dadurch wird bewußt, daß auch alle seit dem 8. Mai 1945 tatsächlich durchgesetzten Gebietsreformen und Länderbildungen, die dem historisch Gewachsenen widersprechen, null und nichtig sind.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Die noch deutsch fühlenden Historiker und Kulturwarte sind gerufen, die hier angesprochenen Grenzverläufe zu rekonstruieren und das regionale Traditionsbewußtsein zu pflegen und nötigenfalls wieder zu erwecken.

#### 11. Reichsbürgerbriefe als organisierendes Medium

Alle diese Fragen und noch viele andere werden von nun an in regelmäßig (zunächst monatlich) erscheinenden "Reichsbürgerbriefen" [www.reichsbuergerbrief.net] ihre Erörterung und Beantwortung finden. Diese werden im elektronischen Weltnetz abrufbar sein und als Druckschriften vertrieben werden. Sie dienen nicht nur der Information sondern zugleich der Formierung der Reichsbürgerbewegung.

Über allem steht das Gebot, uns in allen Angelegenheiten und in jeglicher Hinsicht von dem Urteil unserer Feinde und ihrer Vasallen innerlich unabhängig zu machen.

Mögen sie uns noch so sehr und mehr noch als bisher als Teufel porträtieren - wir wissen, wer es ist, der uns so zeichnet, und daß er nur sein Spiegelbild vor sich bringt.

#### Das Heilige Deutsche Reich komme, sein Wille geschehe!

Kleinmachnow am 2. Advent des Jahres 2003 (1), Horst Mahler



Robert Gilbert Vansittart

Um Friedensangebote von Adolf Hitler, die dieser auf dem Gipfelpunkt seiner Erfolge im Kriege über Mittelsmänner an die Britische Regierung gerichtet hatte, abzublocken, schrieb der Chefberater des Brit. Außenministers, Sir Robert Vansittart, an Lord Halifax, den Außenminister, folgenden Brief: (2)

An den Minister. DRINGEND.

Ich hoffe, Sie haben Mr. Mallet dahingehend instruiert, daß er auf keinen Fall Dr. Weißauer treffen darf. Die Zukunft der Zivilisation steht auf dem Spiel.

Es geht um die Frage, Sie oder Wir und entweder das Deutsche Reich oder unser Land wird untergehen, und nicht nur untergehen, sondern völlig vernichtet werden. Ich glaube, daß es das Deutsche Reich sein wird. Das ist etwas völlig anderes, als wenn man sagen würde, Deutschland muß untergehen; aber das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch, der auf der Welt lastet, und wenn wir ihn dieses Mal nicht stoppen, dann stoppen sie uns. Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht etwa der Nazismus, und diejenigen, die das bislang noch nicht begriffen haben, haben überhaupt nichts begriffen, und sie würden uns in einen sechsten Krieg hineinziehen, selbst wenn wir den fünften überleben werden. Alle Möglichkeiten für einen Kompromiß sind passé, und es wird jetzt einen Kampf bis zum Ende geben, und zwar bis zum bitteren Ende.

Ich vertraue darauf, daß Mr. Mallet äußerst kategorische Instruktionen erhalten wird. Wir haben mehr als genug von Leuten wie Dahlerus, Goerdeler, Weißauer und Konsorten.

<sup>(1)</sup> überarbeitete Fassung vom 15. Januar 2004

<sup>(2)</sup> Doc. No. FO 371/24408 - Public Records Office, Kew., zitiert von Martin Allen in "Churchills Friedensfalle – Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941", Druffel-Verlag, 2003, ISBN 3 8061-1153-7, S. 119 f.

# Die Despotie des "schönen Scheins der Demokratie" (I)

Legt man für einen Augenblick das Prunkgemälde einmal beiseite, das man uns von der Demokratie gemalt hat, um sich in der Wirklichkeit umzusehen, so wird man wenig finden, was dem Bild entspricht. Sollten wir da nicht endlich die Aufmerksamkeit auf die Frage lenken, ob das Konzept "Demokratie" nicht von vornherein als Täuschungsmanöver gedacht war?

Es ist das Prinzip der neueren Zeit, daß der Bürger bei allem, was der Staat als seinen Willen setzt, mit der Überzeugung dabei ist, daß es der Wille des Volkes sei, der geschieht. Nun geschieht aber in der Politik der Wille der Mächtigen.

Im Kapitalismus liegt die Macht in den Händen des Großen Geldes, in privaten Händen also. Wo bleibt da der Wille des Volkes?

Ich befragte die Weisen von Zion. In diesen Dingen vertraue ich ihnen nämlich am meisten, da sie über dreitausend Jahre hinweg an allen Höfen der Welt und in allen Staatskanzleien solides Herrschaftswissen erworben haben. Was ich von ihnen zu hören bekam, erstaunte mich.

"Um unser Ziel zu erreichen, daß das auserwählte Volk die Weltherrschaft erlange, müssen wir vorher das allgemeine Wahlrecht ohne Unterschied von Stand und Vermögen einführen. Dann hat die Masse Alles zu sagen, und da sie tatsächlich von uns geleitet wird, so erlangen wir durch sie die unbedingte Mehrheit, die wir niemals bekommen würden, wenn nur die gebildeten und besitzenden Klassen zu wählen hätten." (1)

"Wie bitte" – fragte ich weiter – "Ihr leitet die 'Masse'? Wie das?"

Auch hierauf erhielt ich eine Antwort. "Wir müssen die nichtjüdischen Staatsleitungen zwingen, unseren breit angelegten Plan, der sich schon der erwünschten Vollendung nähert, tatkräftig zu unterstützen. Als Mittel dazu werden wir die öffentliche Meinung vorschützen, die wir insgeheim durch die sogenannte letzte Großmacht – die Presse – in unserem Sinne bearbeitet haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen, die überhaupt nicht ins Gewicht fallen, liegt die ganze Presse in unseren Händen." (2)

Als ich das hörte, mußte ich an Friedrich Nietzsche denken, der den Juden "als den tatsächlichen Beherrscher der europäischen Presse" bezeichnet hatte. Das war vor mehr als hundert Jahren. <sup>(3)</sup>

Ich hatte also erfahren, daß im Staate die "Masse" Alles zu sagen habe. Also haben wir doch eine wahrhafte Demokratie – so überlegte ich. Mir fiel ein, was Churchill über die Demokratie gesagt hatte: diese sei zwar lausig, aber das Beste, was wir haben.

"Das ist halt so", seufzte ich in mich hinein. "Da kann man nichts machen; denn daß die Masse Alles zu sagen habe, das wird doch wohl niemand, der es gut mit dem Volke meint, abschaffen wollen." Aber irgendwas mischte sich in diesen Gedankengang ein. "Hatten die Weisen nicht gesagt, sie würden die Masse leiten und die Öffentliche Meinung in ihrem Sinne bearbeiten und auf diese Weise die Staatsführungen 'zwingen', ihren breit angelegten Plan zur Eroberung der Macht zu unterstützen?"

Ich war beunruhigt. Im Vergangenheitsnebel tauchte vor mir der wuchtige Kopf von Karl Marx auf. Ich sah, wie sich seine Lippen bewegten. Er schien mir zuzulächeln. "Sagte ich es doch schon zu meiner Zeit mit den Worten von Bruno Bauer: "Der Jude, der in Wien z.B. nur toleriert ist, bestimmt durch seine Geldmacht das Geschick des ganzen Reichs. Der Jude, der in dem kleinsten deutschen Staat rechtlos sein kann, entscheidet über das Schicksal Europas." Jetzt mußte ich lächeln, denn ich erinnerte mich: Zur Judenfrage hatte Karl Marx schon 1843 klärende Worte gesprochen "Es ist dies kein vereinzeltes Faktum." – so steht es seinen Schriften – "Der Jude hat sich auf jüdische Weise emanzipiert, nicht nur, indem er sich die Geldmacht angeeignet, sondern indem durch ihn und ohne ihn das Geld zur Weltmacht und der

praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden ist. Die Juden haben sich insoweit emanzipiert, als die Christen zu Juden geworden sind.' (4)

Mein Gott! Wie konnte ich das nur vergessen? Vielleicht hatte ich es bei mir verdrängt, weil ich es damals – das war 1968 – nicht wahrhaben wollte. Sechs Millionen Judenleichen – ein riesiger Berg – hatten mir die Sicht auf die Wirklichkeit genommen. Dieser Berg ist mit der Zeit erheblich kleiner geworden. Ich kann jetzt über ihn hinwegsehen. Und ich sehe, daß Marx und Nietzsche die Welt richtig beobachtet hatten.

Merkwürdig, daß man von den Juden als "Antisemit" beschimpft wird, wenn man von der Geldmacht und in diesem Zusammenhang davon spricht, daß die Juden eine Weltmacht seien. Es stimmt doch einfach nicht, daß es Adolf Hitler war, der solches als erster behauptet hat. Nun ja, Nietzsche gilt ja als Vordenker Hitlers. Den streiche ich deshalb aus meiner Liste. Es bleibt dann aber noch Karl Marx, und der hatte einen Rabbiner zum Großvater und alle Welt meint, daß er ein Jude gewesen sei. Er muß die Juden aber gehaßt haben, denn er schrieb über sie: "Wir erkennen also im Judentum ein allgemeines gegenwärtiges antisoziales Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde, auf eine Höhe, auf welcher es sich notwendig auflösen muß." (5)

Also das hätte ich mich nicht getraut zu sagen: Das Judentum ein "anti-soziales" Element, als solches allgemein und gegenwärtig, auf die Spitze getrieben, so daß es sich "notwendig auflösen muß! – Ja, muß denn Marx jetzt nicht exhumiert und wegen "Volksverhetzung" eingesperrt werden? Wenigstens müßten doch seine Schriften eingezogen und verbrannt werden! Aber ich komme vom Thema ab.

Herrscht nun die Jüdische Geldmacht oder hat die Masse "Alles" zu sagen? Schließlich sind die Juden ja nicht die Masse, sondern die "Auserwählten".

"Die Teilhabe 'des Volkes' an den Staatsdingen ist unter diesen Bedingungen eine Illusion." – hatte ich im NPD-Verbotsverfahren dem "Bundesverfassungsgericht" (ich setze das in Anführungszeichen, weil wir ja gar keine Verfassung haben, sondern nur ein uns von den Siegern über das Deutsche Reich aufgezwungenes Grundgesetz) zu bedenken gegeben. Ich finde, daß wir diesen Gedanken jetzt weiterverfolgen sollten.

Aber zunächst will ich darüber berichten, wie ich bei den Weisen weitere Auskünfte eingeholt habe.

Daß nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die "Masse" alles zu sagen habe, konnte nach Marx und Nietzsche so nicht stehen bleiben. Ich wollte wissen, wie diese Behauptung der Weisen denn zu verstehen sei; denn sie hätten doch sicherlich darüber nachgedacht.

ls ich ihnen diese Überlegungen vorgetragen hatte, zogen sie sich für ein paar Minuten in eine Ecke der Synagoge zurück, um sich zu beraten. Als sie wieder vortraten, wurde von dem Ältesten unter ihnen eine Stelle aus den Protokollen vorgelesen, die mir wie folgt im Gedächtnis geblieben ist: Die Masse ist blind.

Damit wir zum Ziele der gemeinsamen Anstrengungen gelangen, müssen wir die Minderwertigkeit, die Unbeständigkeit, den Wankelmut der Masse begreifen lernen. Wir müssen ihre Unfähigkeit zum Begriff und zum Verständnisse der Fragen des staatlichen Lebens, ja der eignen Wohlfahrt verstehen. Wir müssen erfassen, daß die große Volksmasse blind, völlig ohne Verstand, ohne Urteil ist, daß sie willenlos nach rechts und links hin und her schwankt. Ein Blinder kann Blinde nicht führen, ohne daß er sie an den Abgrund geleitet. Folglich können die Mitglieder der Masse, die "Vorwitzigen" aus dem Volke, mögen sie auch begabter, selbst schöpferisch sein, in der Staatskunst niemals als Führer auftreten. Selbst wenn sie einigen Verstand haben sollten, so eignen sie sich doch nicht als Vorkämpfer und Leiter der Massen. Sie werden kein anderes Ziel erreichen, als daß sie das ganze Volk verderben. <sup>(6)</sup>

Ich muß gestehen, daß es mir schwerfiel, das anzuhören. Wie konnte dieser Alte mit so viel Geringschätzung und Verachtung über mich und meine Freunde, den Bäcker, den Schneider, den Apotheker und meinen Hausarzt herziehen? Schließlich brach es aus mir hervor: "Was redest Du da für einen Unsinn! Ich weiß, daß mein Bäcker - ein ehrlicher Kerl schon um vier Uhr in der Früh in seiner Back-



stube wirkt, das Mehl mischt, um den Teig für die Brote und Brötchen anzusetzen, die Laiber formt und in den Ofen schiebt. Mit ein paar Scherzworten treibt er seine Gesellen an, es ihm gleich zu tun. Um sieben steht er dann mit seiner Frau im Laden, um die Kunden zu bedienen. Und so geht es den ganzen Tag, bis er dann nach Ladenschluß todmüde in seinen Wohnzimmersessel sinkt und vor dem Fernseher einschläft. Seine Sorge ist es, wie er seinen kleinen Betrieb aufrechterhalten und seine Kunden mit guter Ware zufriedenstellen kann. Wann soll er denn die neuesten Nachrichten aus aller Welt studieren, die Kommentare der Zeitungen auf sich wirken lassen und kritisch hinterfragen? So geht es jahrein und jahraus. Er kommt nicht einmal dazu, sich mit seinem Nachbarn, dem Schneider, zu beraten, was sie denn von den vielen verschiedenen Vorschlägen für eine "durchgreifende Steuerreform" halten sollen und wem und welcher Partei sie in dieser Hinsicht vertrauen könnten. Dem Schneider geht es nicht anders. Und gestern erst hat mir mein Hausarzt sein Leid geklagt, daß er bei den vielen Hausbesuchen, die er täglich zu absolvieren habe, bei der Fülle von hochinteressanten Artikeln in den medizinischen Fachzeitschriften, die er lesen müsse, um seinen Patienten die Früchte der medizinischen Forschung weiterreichen zu können, - daß er wegen dieser Beansspruchung durch seinen Beruf glatt nicht mehr dazu gekommen sei, sich über den neuesten Stand der Untersuchungen im Amtsenthebungsverfahren George W. Bush wegen Täuschung des US-Kongresses in der Irakkrise zu unterrichten. Er wisse nun gar nicht, wie er sich angesichts der neuesten Ergebenheitsadresse von Angela Merkel an Bush gegenüber der Führung seiner Partei, der CDU, positionieren solle. Von seinem Votum hänge die Haltung des Kreisverbandes auf dem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag seiner Partei ab. Er fühle sich einem entsetzlichen Zwang ausgesetzt, auch noch den letzten Rest der ihm jenseits seiner ärztlichen Tätigkeit verbleibenden Zeit der Politik aufzuopfern. Es zerreiße ihm aber das Herz, wenn er mitansehen müsse, wie seine Frau unter der Vernachlässigung leide. Auch könne er seinen Kindern nicht geben, was sie für ihre seelische Gesundheit brauchen.

Er brach diesen Monolog mit der scherzhaften Bemerkung ab: "Gell, wenn Dich Dein Wurmfortsatz ärgert, kommste zu mir und gehst nicht etwa zum Tschorsch, dem Bäcker, damit der ihn Dir rausoperiere. Ach, ich fürchte, daß ich ewig der Bäcker sein werde, wenn der Staat an "Blinddarmentzündung" oder "Darmverschluß" leidet. Ich als Menschenarzt verstehe mich eben nicht auf die noch viel komplizierteren Vorgänge im Staatskörper."

Sollen die Menschen denn Zwangsarbeiter in Staatsdingen sein? Ist es nicht ihre Freiheit, sich ihren besonderen Geschäften widmen zu dürfen, ohne einem inneren oder äußeren Zwang zur Befassung mit Staatsdingen ausgesetzt zu sein?"

Während ich das schilderte, bemerkte ich, wie sich die Weisen einander betreten anschauten. Als ich geendet hatte, ergriff der Alte abermals das Wort.

"Du sollst wissen" sprach er "daß wir diesen inneren Zwang – u.a. durch die Publikumsbeschimpfung – aufrechterhalten müssen, denn nur so fühlen sich diese Laien in Staatsdingen genötigt, sich irgend eine politische Meinung zu bilden. Sie werden so dankbar nach unseren Zeitungen greifen, um darin nachzulesen, was die richtige, die "kluge" Meinung sei. Diese übernehmen sie dann – und so haben sie dann die "richtige" Meinung, die sie brauchen, damit ihre Stimme unsere Sache unterstützt. Das eben ist Demokratie."

Wahrscheinlich saß ich mit einem ziemlich blöden Gesichtsausdruck vor ihm, denn es huschte ein spöttisch-mitleidiges Lächeln über sein Gesicht. "Wußtest Du nicht, daß Demokratie ein talmudischer Despot ist? Sie ist die vollendetste Unterdrückung – vollendet deshalb, weil die Menschen es nicht merken, wie wir ihnen das Fell über die Ohren ziehen. Jahwe wird mit uns zufrieden sein. Kein schlechtes Licht fällt auf ihn, wenn wir die Gojim zur Schlachtbank führen."

Mit einer linkischen Drehung wandte er sich seinen Ratskollegen zu. Gemeinsam verließen sie die Synagoge. Unter dem Tor wandte er sich zu mir um: "Wir werden das Gespräch fortsetzen." rief er und verschwand.

### Einige Worte über die "Protokolle der Weisen von Zion"

Die Vorlage für den unbekannten Autor der Protokolle war der "Dialog zwischen Machiavelli und Montesquieu in der Hölle" aus der Feder des Jüdischen Schriftstellers und Revolutionärs Maurice Joly (1). Von diesem ist bekannt, daß er in Paris mit Karl Marx und Isaak Adolphe Crémieux freundschaftlich verkehrte. Letzterer, der an der von Joly herausgegebenen Zeitung "Le Palais" beteiligt war, war Gründer und der erste Präsident der Alliance Israélite Universelle, des Jüdischen Weltbundes zur Zusammenfassung der Juden aller Länder. In dem von ihm verfaßten Gründungsmanifest formulierte er:

"Die Allianz, welche wir bilden wollen, ist weder französisch, noch englisch, weder schweizerisch noch deutsch, sie ist jüdisch, sie ist universell. Die anderen Völker sind in Nationen gespalten; wir allein haben keine Mitbürger, sondern nur Religionsgenossen. Nicht eher wird der Jude Freund des Christen und des Muselmannes werden, als bis das Licht des jüdischen Glaubens, der einzigen Vernunftreligion, überall leuchten wird. Zerstreut inmitten von Völkern, welche unseren Rechten und Interessen feindlich sind, werden wir vor allem Juden bleiben. Unsere Nationalität ist die Religion unserer Väter, wir erkennen keine andere an. Wir wohnen in fremden Ländern und wir können uns für die wechselnden Interessen dieser Länder nicht interessieren, solange unsere moralischen und materiellen Interessen in Gefahr sind. Die jüdische Lehre muß eines Tages die ganze Welt erfüllen. Israeliten! Obgleich zerstreut über alle Punkte der Erde. betrachtet Ihr Euch immer als Glieder des auserwählten Volkes. (...)"

Über die Art der moralischen und materiellen Interessen, die der Teilnahme der Juden am Schicksal ihrer Wirtsvölker entgegenstehen, werden wir durchaus nicht im unklaren gelassen. Das Gründungsmanifest spricht sich darüber wie folgt

"Das Werk ist groß und heilig. Der Katholizismus, unser hundertjähriger Feind, unterliegt, auf das Haupt geschlagen. Jeden Tag wird das Netz, welches Israel über den Erdball wirft, sich weiter ausbreiten, und die erhabenen Prophezeiungen unserer heiligen Bücher werden in Erfüllung gehen. Der Tag

werden in Erfüllung gehen. Der Tag kommt, wo Jerusalem das Haus des Gebetes für die vereinten Völker wird, wo die Fahne des jüdischen Mono-

theismus auf den entferntesten Küsten weht. Benutzen wir alle Umstände. Unsere Macht ist groß, lernen wir sie gebrauchen. Was haben wir zu fürchten?

Der Tag ist nicht mehr fern, wo die Reichtümer der Erde ausschließlich den Juden gehören werden"<sup>(2)</sup> Horst Mahler

Sachverständigengutachten, erstattet im Auftrage des Richteramtes V in Bern von Ulrich Fleischhauer, U. Bodung Verlag, Erfurt 1935, S. 285 f f. (2) U. Fleischhauer a.a.O. S. 21

<sup>(1)</sup> Die Protokolle der Weisen von Zion, Zweite, unveränderte Auflage 2001 © Wallstein Verlag, Göttingen 1998 www.wall-stein-verlag.de ISBN 3-89244-191-x, S. 60

<sup>(2)</sup> a.a.O. S. 53

<sup>(3)</sup> Friedrich Nietzsche: Werke und Briefe: Fünftes Buch. Wir Furchtlosen, S. 55. vgl. Nietzsche-W Bd. 2, S. 235, C. Hanser Verlag

<sup>(4)</sup> Marx: Zur Judenfrage, MEW Bd. 1, S. 373.

<sup>(5) [</sup>Marx: Zur Judenfrage, S. 52. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels, S. 477 (vgl. MEW Bd. 1, S. 372-373)]

<sup>(6)</sup> Protokolle a.a.O. S. 32 f.

<sup>(1)</sup> Die echten Protokolle der Weisen von Zion.

Kein menschliches Gemeinwesen kann überleben, dessen Genossen nicht über eine genügend große Schnittmenge, gemeinsamer Vorstellungen vom Weltgeschehen, von

## **MEDIENMACHT!**

Horst Mahler

die einzige Sicherheit, die diese Schurken noch haben. Die Menschen glauben einfach nicht, daß die Lüge so groß sein kann. Allein deshalb halten sie die Lüge noch für

Werthaltungen und von Verhaltensmustern verfügen. Ich nenne diese Schnittmenge den Konsenskorridor. In ihm ist das Gemeinwesen vertraut mit sich. Der gesellschaftliche Konsens ist die absolute Macht.

Die Kapitalistische Revolution hat als die gewalttätigste Branche die Medien hervorgebracht. Die Medien sind Konsensproduzenten, indem sie Vorstellungen von dem vermitteln, was die Medienkonsumenten für das "Weltgeschehen" halten. Dieses setzt sich scheinbar aus unendlich vielen Tatsachen und Ereignissen zusammen, von denen – wenn überhaupt – immer nur sehr wenige Menschen eine unmittelbare Wahrnehmung haben können. Es klafft hier eine Wahrnehmungslücke, in die sich die Täuschung und die Lüge einnisten können.

Die Frage, was Tatsachen und Ereignisse des Weltgeschehens sind, führt in weitläufige Überlegungen, die hier nicht ihren Platz haben. In dem hier interessierenden Zusammenhang können die mehr oder weniger vagen Vorstellungen, die über diese Gegenstände allgemein verbreitet sind, hingenommen werden.

Es gehört zu den "Errungenschaften" der Sozialwissenschaften, herausgefunden zu haben, daß fast alle Menschen dazu gebracht werden können, fast alles zu glauben, wenn es gelingt, ihnen zu suggerieren, daß fast alle anderen es glauben. Damit ist das, was unbefangen für die "objektive Wahrheit" gehalten worden ist, zu einem herstellbaren Gut geworden, das als Ware zu Markte geht. So wie der Geschmack des Publikums oder die Mode die Form der Schuhe bestimmt, die der Schuhfabrikant auf den Markt wirft, so bestimmt das kaufkräftige Interesse Inhalt und Form der marktgängigen Wahrheiten. Es sind aber hier nicht die (Medien-)Konsumenten, die das Angebot bestimmen, sondern die Geldfürsten, die jenen Konsens nachfragen, der ihre Herrschaft und ihre Unternehmungen absichert.

Der Medienmarkt ist der institutionalisierte Betrug. Der Konsument wird systematisch darüber getäuscht, daß ihm nicht die nach bestem Wissen und Gewissen ermittelte Wahrheit und nicht die ehrliche Meinung der Schriftsteller, sondern ein giftiges Gebräu geliefert wird, das er arglos zu sich nimmt und daran zugrunde geht.

Es findet zwischen Medienanbieter und Medienkonsumenten nur ein vorgetäuschter Austausch statt. In Wahrheit erfolgt die Anlieferung der Köpfe an den Nürnberger Trichter, der das Bewußtsein mit Wahngebilden anfüllt. Es handelt sich dabei um organisierte Kriminalität in ihren gemeinschädlichsten Formen.

In dem Maße, in dem sich die Geldmacht in wenigen Händen konzentriert, in dem Maße monopolisieren die wenigen Geldfürsten die Konsensproduktion durch die Medien. Deren Skrupellosigkeit übersteigt bei weitem das Vorstellungsvermögen der zivilisierten Menschheit. Diese kann von Menschen nicht so schlecht denken, wie jene handeln. Das ist die Wahrheit.

Medien machen Kriege. Das weiß die Welt spätestens seit 1898, als der Krieg der USA gegen Spanien durch Bilder über Greueltaten ermöglicht wurde, die – frei erfunden – von den Medien den Spanischen Kolonialbehörden auf Kuba in die Schuhe geschoben wurden.

99 % der in den USA verbreiteten Informationen stammen aus den Nachrichtentickern von nur zwei Agenturen – AP und UPI. Beide werden von Juden kontrolliert.  $^{(1)}$ 

Diese Nachrichtenagenturen sind maßgeblich daran beteiligt, die Inhalte zu bestimmen, von denen "fast alle glauben, daß fast alle anderen sie glauben". Andere Nachrichten, von denen nicht "fast alle glauben, daß fast alle anderen sie glauben", dringen nicht in das kollektive Bewußtsein ein. Die außerhalb der etablierten Kanäle kolportierten Ereignisse finden nicht "wirklich" statt, d.h. sie dringen nicht in das kollektive Bewußtsein vor und wirken deshalb nicht mit bei der öffentlichen Meinungsbildung. Sie enden in der "Schweigespirale".

Die Meinungen werden von der New York Times und der Washington Post bestimmt. "Ihre langjährige nationale Geltung erwarben sie weniger durch ihre Präsenz im ganzen Lande, als dadurch, daß sie die Einschätzungen der führenden Metropolen wiedergaben und entsprechend oft zitiert wurden. Ihre Leitartikel und Kommentare, manchmal auch Berichte werden von vielen Zeitungen in anderen Regionen übernommen und abgedruckt. Damit verknüpft ist auch die Verbreitung politischer Kommentare von prominenten Autoren, den syndicated political columnists, etwa James Reston oder Tom Wicker von der New York Times. In ähnlicher Form werden auch längere Zeitungsbeiträge, Glossen, Karikaturen und Comics den Provinzzeitungen zur Verfügung gestellt." (2)

Die 5 größten Zeitungsketten in den USA kontrollieren landesweit 25 % der Auflage. (5) Sie beherrschen damit das Meinungsklima.

Soweit die zahlreichen Radio- und Fernsehsender überhaupt Informationen an ihr Publikum vermitteln, sind auch sie auf die Belieferung durch AP und UPI angewiesen. (4)

Die vom Kapitalinteresse bestimmte Konsensproduktion ist nicht länger hinnehmbar. Die erste Maßnahme der Ordnenden Reichsversammlung wird die sofortige Sequestration (Beschlagnahme) des Vermögens der privaten Medienunternehmen und deren Umwandlung in Mediengenossenschaften sein müssen. Zur Vorbereitung auf dieses Ereignis stellen wir in diesem Heft den Richtlinienentwurf für ein Mediengesetz vor.

<sup>(1)</sup> H.J. Kleinsteuber in Adams/Czempiel/Ostendorf/Shell/Spahn/Zöller – Hg. – "Die Vereinigten Staaten von Amerika", Campus Verlag, Frankfurt 1992, Bd. I, S. 551

<sup>(2)</sup> H.J. Kleinsteuber in Adams u.a., a.a.O. S. 549

<sup>(3)</sup> H.J. Kleinsteuber in Adams u.a., a.a.O. S. 550

<sup>(4)</sup> H.J. Kleinsteuber in Adams u.a., a.a.O. S. 551

In zwangloser Folge werden in den Reichsbriefen Vorschläge für gesetzliche Maßnahmen zur Diskussion gestellt, die unmittelbar der Entmachtung des Großen Geldes dienen und deshalb ohne Verzug noch von der Ordnenden Reichsversammlung in Kraft gesetzt werden sollten.

## Grundzüge des Mediengesetzes

Horst Mahler

#### Motive

Geld regiert die Welt. Soll es auch morgen noch eine Welt geben, muß diese Herrschaft des Privatinteresses über das Gemeinwesen ein Ende haben.

Im Zeitalter des selbstbewußten Individuums ist Herrschaft an das Einverständnis der Beherrschten mit den



Inhalten der Politik gebunden (Demokratie). Deshalb geht im Zeitalter der Macht des Großen Geldes Herrschaft aus von der Beherrschung der Medien, die den gewünschten Konsens herstellen nach dem Grundsatz: Man kann fast alle Menschen dazu bringen, fast alles zu glauben, wenn es gelingt, ihnen zu suggerieren, daß fast alle anderen es glauben. Die der Medienmacht ausgesetzten Individuen glauben nicht an sich und ihre eigenen Interessen, vielmehr halten sie die Interessen der Geldmacht für ihre eigenen.

Bisher war Meinungs- und Pressefreiheit die Freiheit der Geldmacht, ihre Ansichten und Interessen zu den herrschenden zu machen. Jetzt geht es darum, die Medien in den Dienst für die Freiheit des Gemeinwesens zu stellen.

#### Grundsätze

Jeder Reichsbürger darf im Rahmen der allgemeinen Gesetze in eigener Verantwortung unter seinem Namen nach Maßgabe seiner persönlichen Mittel und Möglichkeiten im elektronischen Weltnetz (Internet) Informationen und Meinungen verbreiten.

Kapitalgesellschaften steht dieses Recht nicht zu. Die Herausgabe von Vereins-, Verbands- und Unternehmenspublikationen, deren Inhalte auf die jeweiligen Vereins-, Verbands- und Unternehmenszwecke zu beschränken sind, bleibt frei.

Freiheit kann sich nur entfalten, wenn das Bewußtsein des Gemeinwesens sich aus sich selbst entwickeln und entfalten kann. Die privat-bestimmte Manipulation sowie die strategische Desinformation sind Angriffe auf die Freiheit des Gemeinwesens und als solche entschlossen zu bekämpfen.

Die Medien aller Art sind von der Macht des Geldes und dem Kapitalinteresse zu trennen.

#### Regelungen im Überblick

Die Verantwortung der Medien steht im Vordergrund. Der Beruf des Medienleiters (Redakteurs) ist ein Ehrenberuf (wie der eines Notars, eines Rechtsanwalts, eines Arztes usw.) Er setzt eine entsprechende berufsbezogene Ausbildung und eine an der Erhaltung des Gemeinschaftsbewußtseins orientierte sittliche Prägung voraus. Jeder Medienleiter ist Mitglied der örtlich und sachlich zuständigen Medienkammer.

Der Berufsstand der Medienmacher verwaltet sich durch Medienkammern (Berufsparlament) selbst. Er unterliegt staatlicher Aufsicht durch den vom Staatsoberhaupt zu berufenden Mediensachwalter.

Die Medientätigkeit geht aus von staatlichen Herausgebern und von autoritär verfaßten Genossenschaften der Medienleiter.

#### Das Mediensystem ist wie folgt gegliedert

Auf der gesamtstaatlichen Ebene:

- 3 genossenschaftliche Tageszeitungen (allgemeiner Art).
- 1 täglich erscheinende genossenschaftlich und staatlich gestaltete Wirtschaftszeitung,
- 1 staatliche Tageszeitung,
- 2 genossenschaftliche Nachrichtenmagazine (wöchentlich)
- 1 staatliches Magazin (monatlich)
- 3 genossenschaftliche überregionale Fernsehsender A,B,C mit Schwerpunktverteilung:
  - A) Nachrichten und Politik;
  - B) Unterhaltung;
  - C) Kultur und Wissenschaft

Ein Drittel der Sendezeit ist staatlicher Programmgestaltung vorbehalten.

- 2 genossenschaftliche Rundfunksender entsprechend B
- 1 staatlicher Rundfunksender entsprechend A

Im 3-Jahresrhythmus löst der Vorstand der sachlich und örtlich zuständigen Medienkammer nach einem einheitlichen Bewertungssystem, in dem die verkaufte Auflage bzw. die Einschaltquote keine Bedeutung haben, die am wenigsten erfolgreiche Redaktion einer genossenschaftlich verfaßten Tageszeitung, eines genossenschaftlichen Nachrichtenmagazins, eines Fernsehsenders sowie eines Rundfunksenders auf. Die aufgelöste Genossenschaft ist durch eine neugebildete Genossenschaft (siehe unten) zu ersetzen.

Bei der Neubildung der Redaktionsgenossenschaften dürfen nicht mehr als ein Drittel der Ressorts mit Schriftleitern aus den Reihen der aufgelösten Redaktionen besetzt werden.

#### Auf regionaler Ebene:

- 1 genossenschaftliche Tageszeitung;
- 1 staatliche Wochenzeitung;
- 1 regionaler Fernsehsender mit paritätischer Programmgestaltung.
- 3 genossenschaftliche Rundfunksender

Im 3-Jahresrhythmus schließt der Vorstand der sachlich und örtlich zuständigen Medienkammer nach einem einheitlichen Bewertungssystem (in dem die verkaufte Auflage bzw. Einschaltquoten keine Rolle spielen dürfen) ein Drittel, nämlich die am wenigsten erfolgreichen Redakteure der genossenschaftlich verfaßten Tageszeitung sowie des Fernsehsenders aus der Genossenschaft aus. Eine Wiederaufnahme ist frühestens nach drei Jahren zulässig.

Bezüglich der Rundfunksender greift die Auflösung der Genossenschaft ein.

#### Auf kommunaler Ebene:

- 1 Wochenzeitung mit paritätischer Inhaltsgestaltung
- 2 genossenschaftliche Rundfunksender

#### Wirtschaftliche Unabhängigkeit der Medien

Die Geschäftsausstattungen der Redaktionen, angemessene Betriebsmittelfonds sowie die Gehaltsfonds für die Redaktionen werden vom Staat zur Verfügung gestellt.

Der Mediensachwalter stellt in Abstimmung mit den Verantwortlichen Medienleitern Wirtschaftspläne für die einzelnen Medien auf. Er organisiert auch den Vertrieb und die Gebühreneinhebung und die Einwerbung von Anzeigen für die Druckmedien.

Die Einnahmen aus dem Vertrieb, die Gebühreneinhebung und für Anzeigen in Druckmedien fließen in den beim Mediensachwalter geführten einheitlichen Medienfonds.

Die Redakteure werden auf der Grundlage einer vom Mediensachwalter zu erlassenden Besoldungsordnung in der Weise alimentiert, daß ihnen eine Grundbesoldung gewährt wird und der Chefredakteur im Rahmen der bewilligten Mittel leistungsbezogene Gehaltszulagen zuteilt, die für nicht länger als drei Monate festgeschrieben werden dürfen.

Die Verantwortlichen Medienleiter (Chefredakteure) werden auf begründeten Vorschlag der Genossenversammlung (jeweils 3 Vorschläge) für die Dauer von 3 Jahren vom Mediensachwalter ernannt. Ihre Wiederernennung ist zulässig.

#### Gegendarstellungsmacht

Bei den Medienkammern sind in Dreierbesetzung in ausreichender Anzahl Spruchabteilungen eingerichtet, die in Eilverfahren über Gegendarstellungsverlangen zu entscheiden haben.

Die Vorsitzenden der Spruchabteilungen werden vom Mediensachwalter ernannt, ein Beisitzer von der zuständigen Medienkammer und ein Beisitzer vom Bürgermeister der Gemeinde, in der die Medienkammer ihren Sitz hat. Beratung und Beschlußfassung ist auf elektronischem Wege zulässig.

Die Medien sind verpflichtet, bezüglich aller Tatsachenbehauptungen, durch deren Veröffentlichung in schützenswerte Interessen Dritter eingegriffen wird, eine auf elektronischen Medien gespeicherte gerichtsverwertbare Dokumentation vorzuhalten, die auf Anforderung seitens der Spruchabteilungen diesen innerhalb einer Stunde elektronisch zu übermitteln sind.

Sie können in begründeten Fällen die Medien zur Veröffentlichung von Gegendarstellungen der von der Medienberichterstattung betroffenen Personen, Personenvereinigungen, Unternehmen, Institutionen und staatlichen Einrichtungen verpflichten, wobei sie Art, Umfang und Begleitumstände der Gegendarstellung festlegen. Diese sind als Anordnungen der Medienkammer in hervorgehobener Art und Weise kenntlich zu machen. Die Entscheidungen der Spruchabteilungen, die innerhalb von drei Tagen ergehen müssen, bedürfen keiner Begründung. Sie sind mit Rechtsmitteln nicht anfechtbar.

Die angeordneten Gegendarstellungen sind dem Verantwortlichen Medienleiter sofort auf elektronischem Wege zu übermittel und – wenn die Spruchabteilung eine Abweichung nicht angeordnet hat – in der nächsten, für die Veröffentlichung noch nicht abgeschlossenen Ausgabe bzw. Sendung zu veröffentlichen

Bei der Zentralen Medienkammer ist in Form einer elektronischen Datensammlung ein Register zu führen, in dem die verfügte Gegendarstellung, der das Verfahren auslösende Artikel bzw. Sendebeitrag über das elektronische Weltnetz im Zugriff sind und das angewiesene Medium sowie die Person(nen) namentlich benannt werden, die die zu korrigierende Veröffentlichung veranlaßt haben. Ob der Gegendarstellungsanordnung ggf. in welcher Form entsprochen wurde, ist mitzuteilen (Gegendarstellungsregister).

#### Bildung der Mediengenossenschaften

Alle Personen, die den Beruf eines Medienleiters auszuüben wünschen, müssen beim Mediensachwalter um ihre Berufszulassung nachsuchen.

In der jeweiligen Zulassung ist zu vermerken, für welche Ebene (national, regional, kommunal) die berufliche Qualifikation für ausreichend befunden wurde.

Mit der Aushändigung der Zulassungsurkunde wird die Zugehörigkeit zur sachlich und örtlich zuständigen Medienkammer begründet.

Die zugelassenen Berufsangehörigen können sich entsprechend ihrer Qualifikation über die zuständige Medienkammer, die eine vertrauliche Stellungnahme abzugeben hat, beim Mediensachwalter um Aufnahme in eine Mediengenossenschaft bewerben.

Aus dem Kreis der Bewerber bestimmt der Mediensachwalter den Verantwortlichen Medienleiter für die neu zu bildende Genossenschaft. Dieser wählt die weiteren Genossen aus. In seine Zuständigkeit fällt auch die Besetzung der Ressorts.





Es wird festgehalten\*, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist.

Es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig.
Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

\*Leitsatz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31.07.1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, BVerfGE 36, 1

#### Artikel 146 Grundgesetz (Geltungsdauer):

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

